

Ratsmitglieder WfM

Alefelder, Stephan	WfM
Liebig, Rolf	WfM
Meier, Hans Lothar	WfM
Schneider, Ulrich	WfM
Schneider, Wilfried	WfM

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Hüttenmeister, Monika	CDU
-----------------------	-----

Ratsmitglieder SPD

Borner, Kurt	SPD
Kühr, Rolf	SPD
Meckel, Birgit	SPD

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen	FDP
----------------	-----

Ratsmitglieder WfM

Fuchs, Timo	WfM
-------------	-----

von der Verwaltung

Eggert, Hartwig
Himmeröder, Manfred
Woywod, Simon

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Stärkungspaktgesetz	Drucksache Nr. BV/170/12
----------	--	------------------------------------

Bürgermeister Töpfer erläutert, dass in Ausführung des Ratsbeschlusses vom 27.11.2012 die Verwaltung in den vergangenen Tagen eine umfangreiche rechtliche Recherche und Prüfung vorgenommen habe. Hierzu wurden Gespräche mit dem Städte- und Gemeindebund, mehreren Anwaltskanzleien, der Bezirksregierung sowie der Justiziarin der Stadt Dorsten geführt.

Aufgrund des differenzierten Meinungsbildes zu der Frage, ob umgehend Kommunalverfassungsbeschwerden erhoben werden sollen, sei es notwendig, den Rat der Gemeinde in der Sache nochmals zu beteiligen. Da dies kurzfristig geschehen muss, um im Falle der Weiterverfolgung des Ratsbeschlusses den verbleibenden Zeitrahmen für ein Beschwerdeverfahren nicht noch enger zu setzen, als er aufgrund der Sachlage schon ist, war eine Einladung des Rates mit verkürzter Ladungsfrist notwendig.

Hr. Woywod berichtet über Bemühungen von 48 Kommunen aus NRW, sich gegen die Auswirkungen der aktuellen Finanzverteilung des Landes zur Wehr zu setzen. Es besteht auch für die Gemeinde Marienheide die Möglichkeit, bis Ende Januar 2013 sich einer beabsichtigten Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz anzuschließen.

Zu diesem Thema erhalten die Ratsfraktionen noch vor Weihnachten entsprechende Informationen.

Bis Mitte Januar soll nach fraktionsinterner Meinungsbildung eine Rückmeldung an den Bürgermeister gegeben werden, ob man sich der Klage anschließen soll.

Im Anschluss diskutiert der Rat ausführlich.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Aufgrund der sich durch die Recherchen der Verwaltung ergebenden Fakten, hier insbesondere die rechtlichen Fakten zum derzeitigen Erfolg einer Kommunalverfassungsbeschwerde, wird der Ratsbeschluss vom 27.11.2012 zur Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde zunächst ausgesetzt.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, den Rat bis zum 20.12.2012 über die Erfolgsaussichten einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zu informieren.</p>	

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde